

Antrag

der AfD-Fraktion

Klarheit bei der Zuwanderung - Studie „Migration, Ankunft und Leben“ initiieren

Der Landtag stellt fest:

Im Jahr 2022, dem Jahr der Wirtschafts- und Energiekrise, erreichte die Zuwanderung nach Deutschland und nach Brandenburg Ausmaße, die das Jahr 2015 weit in den Schatten stellen.¹ Im Land Brandenburg wurden rund 43 000 Asylbewerber und Ukraine-Flüchtlinge registriert; für das Jahr 2023 rechnete die Landesregierung mit weiteren 26 000 Migranten.² Seit Monaten kommt der Großteil der Asylsuchenden wieder über die Balkanroute aus Ländern wie Afghanistan, Syrien oder dem Irak; selbst im Hinblick auf die Gesamtzahlen für das Jahr 2022 kamen von den in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Zuwanderern fast zwei Drittel nicht aus der Ukraine.³ Trotzdem wurden bei Ukrainern mehr Anstrengungen unternommen, um Erkenntnisse über deren Demografie und Hintergrund zu gewinnen, als bei den übrigen illegal Eingereisten aus anderen Drittstaaten.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Untersuchung im Sinne der in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (AS-GIV) vom 11. Januar 2023 vorgestellten Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland - Flucht, Ankunft und Leben“ im Hinblick auf alle sogenannten Flüchtlinge, differenziert nach Herkunftsland, in Auftrag zu geben, dem Landtag vorzulegen und diese regelmäßig zu aktualisieren. Neben z. B. Bildungshintergründen sollen vor allem auch die religiösen Einstellungen der Ankommenden transparent gemacht werden.

¹ Vgl. „Neuer Rekord: Deutschland hat bereits jetzt mehr Menschen aufgenommen als während der letzten Asylkrise“, in: <https://www.nzz.ch/international/mehr-migranten-als-2015-illegale-migration-in-deutschland-steigt-ld.1712264> (19.11.2022), abgerufen am 13.02.2023.

² Vgl. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 11.01.2023.

³ Vgl. ebd.

Begründung:

Insbesondere Deutschland war und ist von der Migrationskrise ab dem Jahr 2015 betroffen.⁴ Besonders anschaulich war dies im Jahr 2016, als Deutschland gar mehr Asylbewerber aufnahm als die ganze restliche EU zusammen.⁵ Doch auch heutzutage ist Deutschland noch mit extremem Abstand der Hauptbetroffene der Massenmigration.⁶ Dies manifestierte sich auch in den Einstellungen in der Bevölkerung, für welche die Problematik rund um Ausländer/Integration/Flüchtlinge seit dem Jahr 2014 für rund fünf Jahre, bis ins Jahr 2019, das mit großem Abstand wichtigste politische Problem darstellte.⁷ Aktuell verschärft sich die Lage wieder massiv; auch im Land Brandenburg geraten Kommunen an die Belastungsgrenze.⁸ Aus der ganzen Bundesrepublik gibt es mittlerweile Meldungen über massive Überforderungen in den Gemeinden; ein besonders drastischer Fall ist aus Upahl in Mecklenburg-Vorpommern bekannt, wo ähnlich viele Zuwanderer in Containerdörfern angesiedelt werden sollten, wie das Dorf Einwohner hat.⁹ In Franken schlägt sogar ein Landrat von den Grünen mittlerweile Alarm.¹⁰ Auch ein SPD-Landrat aus dem Land Brandenburg, der Landrat von Märkisch-Oderland, kritisierte kürzlich die bundesdeutsche Migrationspolitik.¹¹ Bereits in der Sitzung des ASGIV am 30. November 2022 wurde von der Landesregierung außerdem berichtet, dass die ukrainischen Kriegsflüchtlinge mittlerweile nur einen geringen Anteil der Ankommenden ausmachen und die meisten aus außereuropäischen Drittstaaten stammen. In der Sitzung des ASGIV am 11. Januar 2023 wurde schließlich berichtet, dass von den im vergangenen Jahr in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Zuwanderern nur ca. 7300 aus der Ukraine stammten, aber rund 12 000 aus anderen Nationen. Die am stärksten vertretenen Nationalitäten seien Afghanen, Syrer, Türken und Iraker gewesen, die zumeist über die Balkanroute kamen.

⁴ Vgl. „Deutschland: Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“, in: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/217376/deutschland-verwaltungs-und-infrastrukturkrise/> (15.12.2015), abgerufen am 13.02.2023.

⁵ Vgl. „Asylanträge“, in: https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index_de.html#filter=2016, abgerufen am 13.02.2023.

⁶ Vgl. „Europäische Union: Anzahl der erstmaligen Asylbewerber in den Mitgliedstaaten im Jahr 2021“, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459422/umfrage/asylbewerber-in-den-laendern-der-eu/> (März 2022), abgerufen am 13.02.2023; „Deutschland im EU-Vergleich Spitzenreiter: Asylersanträge in EU enorm gestiegen“, in: <https://www.rnd.de/politik/asylantraege-in-deutschland-spitzenreiter-im-eu-vergleich-54-prozent-anstieg-in-der-gesamten-XPZH6YMYXCJTSHNZAMXPGUVZA.html> (25.11.2022), abgerufen am 13.02.2023.

⁷ Vgl. „Wichtige Probleme in Deutschland – I“, in: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (25.11.2022), abgerufen am 13.02.2023.

⁸ Vgl. „35 000 Menschen seit Jahresbeginn: Zahl der Geflüchteten steigt – Brandenburger Kommunen zunehmend am Limit“, in: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/35000-menschen-seit-jahresbeginn-zahl-der-gefluechteten-steigt--brandenburger-kommunen-zunehmend-am-limit-8756152.html> (15.10.2022), abgerufen am 13.02.2023.

⁹ Vgl. „Ein Dorf in Angst“, in: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog> (04.02.2023), abgerufen am 13.02.2023.

¹⁰ Vgl. „Grüner Landrat will weniger Geflüchtete: Das ‚Wir haben Platz‘ bröckelt“, in: <https://www.tichyseinblick.de/dailies-sentials/gruener-landrat-gefluechtete/> (03.02.2023), abgerufen am 13.02.2023.

¹¹ Vgl. „Asylkrise: ‚Wir haben politische Eliten, die in Illusionen leben‘“, in: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/asylkrise-brandenburg/> (20.04.2023), abgerufen am 25.04.2023.

Ankömmlinge aus diesen weiter entfernten Kulturkreisen dürften potenziell deutlich schwieriger zu integrieren sein als die Flüchtlinge aus der Ukraine. Auch nach Aussage des Ministeriums im ASGIV am 11. Januar 2023 weisen Erstere deutlich schlechtere Integrationsergebnisse auf. Trotzdem ist über die Neuankömmlinge aus Nahost viel weniger bekannt als über die Ukrainer. Die am 11. Januar 2023 im Rahmen der ASGIV-Sitzung besprochene Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Sozio-oekonomisches Panels (SOEP; Abteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung) zeigt, dass viel detailliertere Erkenntnisse über die Zuwanderer zu gewinnen wären. Eine solche Erhebung mit differenzierten Angaben zur Arbeitsmarktintegration sollte von allen im Land Brandenburg aus humanitären Gründen aufgenommenen Zuwanderern erstellt werden.